



Antrag

der Abgeordneten **Harry Scheuenstuhl, Horst Arnold, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Klaus Adelt, Florian von Brunn SPD**

Verbot besonders gefährlicher Pflanzenschutzmittel vorantreiben

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für ein Verbot von terbuthylazin- und bentazonhaltigen Herbiziden einzusetzen.

Weiterhin soll im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz über die Gefahren des Wirkstoffs Glyphosat für das Grundwasser mündlich und schriftlich berichtet werden.

Begründung:

Der Einsatz von terbuthylazin- und bentazonhaltigen Pflanzenschutzmitteln birgt erhebliche Risiken für das Grundwasser. Seit Jahren laufen in Gebieten mit besonders sorptionsschwachen Böden freiwillige Kampagnen, um den Einsatz zu verhindern. Aus diesem Grund hat sich die Arbeitsgemeinschaft Trinkwasserschutz Oberpfälzer Jura bereits mit einem offenen Brief an die Staatsregierung für ein Verbot der Wirkstoffe ausgesprochen. In einzelnen Grundwassermessstellen wurden bereits Wirkstoffe bzw. Metabolite von Terbuthylazin bzw. Bentazon vorgefunden, es ist nur eine Frage der Zeit, bis weitere folgen.

In vielen Projekten ist es gelungen, den Einsatz, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen, einzudämmen, mittlerweile liegen auch vielfältige praxistaugliche Alternativen im Bereich des Pflanzenschutzes vor.

Im Fachgespräch zur Wasserqualität in Bayern wurde angesprochen, dass der Wirkstoff Glyphosat (Roundup) ebenfalls in einigen Grundwasserkörpern zu finden ist. Der Ausschuss sollte sich dringend mit dieser Gefahr befassen, da der Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden stetig zunimmt.